

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Meneses Vogl und der Fraktion
DIE GRÜNEN**
— Drucksache 11/5203 —

**Botschaften in Kolumbien und der Bundesrepublik Deutschland als Rückgrat
des Drogengeschäfts?**

Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Frau Dr. Adam-Schwaetzer, hat mit Schreiben vom 23. Oktober 1989 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Nach Berichten bundesdeutscher und kolumbianischer Zeitungen sind Angehörige der bundesdeutschen Botschaft in Bogotá als auch der kolumbianischen Botschaft in Bonn in den Drogenhandel der kolumbianischen Drogenmafia verwickelt. Als Quelle dieser Nachrichten wird das BKA genannt.

1. Seit wann sind der Bundesregierung die oben genannten Anschuldigungen bekannt?

Seit dem Artikel in der „Welt am Sonntag“ vom 3. September 1989.

2. Gibt es außer dem BKA noch weitere Quellen, aus denen die Anschuldigungen stammen und um welche handelt es sich?

Die in der „Welt am Sonntag“ abgedruckten Behauptungen stammen nicht vom BKA. Aus welchen Quellen sie stammen, ist unbekannt.

3. Welche Angehörigen der Botschaft werden beschuldigt und was ist konkret der Inhalt der Anschuldigungen?
4. Welches sind die Erkenntnisse des BKA zur Sache?

Das BKA hat dem Auswärtigen Amt ausdrücklich mitgeteilt, daß keine Erkenntnisse vorliegen, wonach Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Bogotá im Kokainhandel tätig sein sollen. Der Bundesregierung liegen auch keinerlei sonstige Hinweise vor, wonach dies der Fall sein könnte.

5. Was hat die Bundesregierung angesichts der schwerwiegenden Anschuldigungen gegen die bundesdeutsche Botschaft unternommen?

Das Auswärtige Amt hat diese Verleumdungen mit Nachdruck zurückgewiesen.

6. Welche Schritte hält sie gegenüber der alarmierten kolumbianischen Öffentlichkeit für angebracht?

Die Deutsche Botschaft in Bogotá hat die Verleumdungen in einem Pressecommuniqué energisch zurückgewiesen. Dies wurde am 5. September 1989 von den kolumbianischen Zeitungen veröffentlicht.

7. Welche Erkenntnisse hat das BKA über die Rolle der kolumbianischen Botschaft in Bonn bei der Geldwäsche von Gewinnen aus dem Drogenhandel gewonnen, und wie gedenkt die Bundesregierung sich gegenüber der kolumbianischen Botschaft zu verhalten?

Dem BKA sind keine Verbindungen der Botschaft der Republik Kolumbien in Bonn zum internationalen Rauschgifthandel bekannt. Bekannt ist lediglich, daß Dr. Juan Perez Piedrahita, der in der oben genannten Pressemeldung erwähnt ist, bis 1981 bei der Botschaft der Republik Kolumbien in Bonn als Botschaftsrat tätig war.

Die Bundesregierung hat daher keine Veranlassung, in diesem Zusammenhang mit der kolumbianischen Botschaft in Bonn in Verbindung zu treten.

Im übrigen wird auf den in „DIE WELT“ vom 13. September 1989 abgedruckten Leserbrief von Botschafter Barros hingewiesen, in dem zu den erhobenen Vorwürfen Stellung genommen wird.